

Große Koalition sucht den Gauck-Nachfolger

BERLIN. Union und SPD suchen gemeinsam nach einem Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck. Darauf haben sich laut „Spiegel“ Kanzlerin Angela Merkel (CDU), der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer verständigt. Gesucht wird ein Präsident, der ein möglichst breites politisches Spektrum repräsentiert. Für ein Bündnis von SPD, Grünen und Linken bei der Wahl am 12. Februar 2017 gibt es derzeit ebenso wie für eine schwarz-grüne Lösung kaum Chancen. Union und SPD hätten sich allerdings bei einem ersten möglichen Kandidaten bereits eine Abfuhr geholt, berichtet der „Spiegel“ weiter. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, habe es abgelehnt, als Bundespräsident zu kandidieren. (dpa)

ÖDP startet Petition zur Bayernhymne

PFARRKIRCHEN. Die ÖDP verteilt gerne Denkmäler an die bayerische Regierung – der neueste wurde am Samstag beim niederbayerischen Bezirksparteitag beschlossen. Die Delegierten brachten eine Petition auf den Weg, um die in Vergessenheit geratene dritte Strophe der Bayernhymne wieder amtlich einzuführen. Die Zeile „Gott mit uns und Gott mit allen, die der Menschen heilig Recht, treu beschützen und bewahren von Geschlechte zu Geschlecht“, könne in der Gegenwart nur als Ermahnung interpretiert werden, betonte ÖDP-Bezirkschef Urban Mangold. Der alte Text sei als Appell zu verstehen, „gegen ungerechte ausbeuterische Handelsbeziehungen einzutreten“. Beim Bezirksparteitag standen auch Neuwahlen an. Mangold, zweiter Bürgermeister in Passau, wurde einstimmig bestätigt. Seine Vizes sind Christine Ackermann (Landshut) und Petra Nadolny (Niederaltich). (is)

Schweizer stimmen für mehr Überwachung

BERN. Die Schweizer haben am Sonntag mit klarer Mehrheit für erheblich größere Überwachungsbefugnisse ihres Geheimdienstes gestimmt. Zugleich lehnten sie höhere Renten und eine grünere Wirtschaft ab. 66 Prozent der Referendumsteilnehmer votierten laut Hochrechnungen des Schweizer Fernsehens (SRF) für ein neues Geheimdienstgesetz, das es in Einzelfällen erlaubt, Telefonate abzuhören, Wohnungen zu verwanzeln und Computer anzuzapfen. (dpa)

Tauber begrüßt Debatte über Sexismus

BERLIN. CDU-Generalsekretär Peter Tauber hält eine Auseinandersetzung mit sexistischem Verhalten in Politik und Gesellschaft für dringend geboten. Nach den Sexismus-Vorwürfen einer Berliner CDU-Politikerin gegen den Landesverband ihrer Partei sagte Tauber: „Geschichten wie diese bekomme ich immer wieder geschildert. Aber ohne Nennung von Namen.“ Dann sei es schwierig, etwas dagegen zu tun. „Umso wichtiger, dass es nun diese Debatte gibt“, sagte Tauber der „Bild am Sonntag“. Die Berliner CDU-Politikerin Jenna Behrends hatte am vergangenen Freitag von einem Parteitag der Berliner CDU im Frühjahr berichtet, auf dem sie ein Senator vor anderen Leuten als „große süße Maus“ bezeichnet habe. Dieser Senator soll einen Parteifreund zudem gefragt haben: „Fickst du die?“ (dpa)



Findet deutliche Worte: CDU-Generalsekretär Peter Tauber Foto: dpa